

Wahlprüfsteine ver.di Bezirk Kiel-Plön

Landtagswahl Schleswig-Holstein 6. Mai

Finanzen

Einnahmen verbessern

Die Einnahmesituation des Landes SH muss verbessert werden. Wir fordern die neue Landesregierung auf, sich für den Erhalt und die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen einzusetzen. In einer Bundesratsinitiative soll sie sich für die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer und anderer Steuern auf Kapitalerträge einsetzen.

Wir fordern mehr Steuerprüfungen. Hierfür ist Personal einzustellen.

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse darf nicht die Zukunfts- und Überlebensfähigkeit des Landes in Frage stellen. Wir fordern die neue Landesregierung auf, die finanzielle Handlungsmöglichkeit der Kreise, kreisfreien Städte und Kommunen wieder herzustellen. Wir fordern: keine Schuldenbremse für die Kreise, kreisfreien Städte und Kommunen.

Gute Arbeit

Prekäre Arbeit

In unserem Land nehmen 11.000 Vollzeitbeschäftigte, 8.300 Teilzeitbeschäftigte und 19.000 geringfügig Beschäftigte zusätzlich Arbeitslosengeld II in Anspruch. Hierfür werden 190 Mio. EUR pro Jahr aufgewendet.

Wir fordern, dass sich die neue Landesregierung für die Eindämmung und Überwindung prekärer Arbeit einsetzt. Beispiele prekärer Arbeit sind unter anderem Kettenarbeitsverträge, Leiharbeit, 1€- Jobs oder Missbrauch von Praktikumsverhältnissen.

Wir fordern, dass es keinerlei prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Landesverwaltung und nachgeordneten Einrichtungen geben darf. Öffentlich Leistungen dürfen nicht „verehrenamtlich“ werden.

Wir fordern ein Tariftreuegesetz, dass sowohl soziale als auch ökologische Kriterien berücksichtigt und einen Mindestlohn von 8,50 EUR festlegt.

Arbeitsschutz

Um den Arbeitsschutz in den Betrieben sicherzustellen, bedarf es umfangreicherer Kontrollen. Wir fordern die neue Landesregierung auf, hierfür ausreichende finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen.

Ausbildungsquote

Wir fordern die neue Landesregierung auf, mit einer Bundesratsinitiative eine allgemeine und verpflichtende Ausbildungsquote in Höhe von sieben Prozent in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen. Die duale Ausbildung muss erhalten bleiben. Wir fordern die neue Landesregierung auf, in ihrem eigenen Verantwortungsbereich Ausbildung und unbefristete Einstellung junger Menschen sicherzustellen.

Gesundheitsversorgung

Wir fordern eine umfassende und qualitativ gute Gesundheitsversorgung für alle. Dafür ist die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung unverzichtbar.



Keine Privatisierungen

Wir fordern die neue Landesregierung auf, Krankenhäuser (Grund- und Regelversorgung sowie Maximalversorgung) oder Teile davon nicht zu privatisieren. Dies schließt auch den Verkauf von Gebäuden aus.

Arbeits- und Entlohnungsbedingungen

Wir fordern die Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Gesundheits- und Pflegeberufe. Eine kostenlose Ausbildung in diesem Bereich bildet dafür eine grundlegende Voraussetzung.

In allen Bereichen der Pflege- und Gesundheitseinrichtungen muss eine Qualitätssicherung durch Fachkompetenz gewährleistet sein.

Pflegekammer

Die Einrichtung einer Pflegekammer ist als unnötiger Bürokratieaufwand abzulehnen.

Soziales

Bildung:

Wir fordern, dass die Qualität der Schul-, Berufs-, Hochschul- und Erwachsenenbildung im Land SH umfänglich sichergestellt wird. Die finanziellen Mittel müssen dafür bereitgestellt werden. Das Bildungssystem muss allen Menschen, unabhängig von z.B. Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft, Chancengleichheit gewähren. Dies beinhaltet auch Gebühren- und Lehrmittelfreiheit in allen Bildungsbereichen.

Das Bildungs-, Freistellungs- und Qualifizierungsgesetz SH muss unter allen Umständen unverändert erhalten bleiben.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

Wir fordern die Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots wohnort- oder arbeitsplatznaher, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung durch gut ausgebildetes Fachpersonal.

Das dritte beitragsfreie Kindertagesstättenjahr darf nicht abgeschafft werden.

Die neue Landesregierung hat Anreize für Unternehmen zu schaffen, damit diese die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Kinderbetreuung, Pflege Angehöriger) praktisch umsetzen.

Wir fordern die neue Landesregierung auf, mit einer Bundesratsinitiative dafür Sorge zu tragen, dass Kinderbetreuungs- und Angehörigenpflegezeiten vom Rentensystem mit Vollzeiterwerbsarbeit gleichgestellt werden.

Soziale Projekte und Beratungsdienste

Es darf keine weiteren Einsparungen im Bereich sozialer Projekte und Beratungsdienste (z.B. Landesfrauenrat, Drogenberatung, Verbraucherschutz) geben.

Altersarmut/ Rente

Die neue Landesregierung muss sich auf Bundesebene aktiv für folgende Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und sozialer Ausgrenzung einsetzen:

- Beitragszahlungen auf Einkommensdurchschnittsniveau zur Rentenversicherung für ALG I und ALG II-EmpfängerInnen leisten
- Senkung des Renteneintrittsalters von derzeit 67 Jahren
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 €/Stunde
- Regulierung der Leiharbeit

Energieversorgung

Rekommunalisierung

Die Rekommunalisierung in der Energiewirtschaft ist landesweit voranzutreiben und durch die neue Landesregierung mit Nachdruck zu unterstützen (öffentliche Daseinsvorsorge).

Neubau und Optimierung von Netzstrukturen

Die neue Landesregierung muss sich dafür einsetzen, den erforderlichen Neubau und die Optimierung von Netzstrukturen zu fördern, um die regenerativ erzeugten Energien aufnehmen und zu den Verbrauchern transportieren zu können.

Mitbestimmung

Mitbestimmungsgesetz SH

Wir fordern die neue Landesregierung auf, das MBG SH wieder auf den Stand vor der Gesetzesänderung zu bringen.